



Frau Bundeskanzlerin

---

Ergebnisse aus der Meinungsforschung

13. Juli 2018

---

# Wochenbericht KW 28

**forsa | Emnid | GMS | FG Wahlen | infratest dimap**

Wähleranteile:	Union bei 31 % bzw. 30 %, SPD bei 18 % bzw. 17 %
Politische Aufgaben:	Bildungspolitik und Verbesserung der Pflege am wichtigsten Handlungsbedarf wird vor allem in der Migrationspolitik gesehen
Wirtschaft:	Derzeitige Wirtschaftsentwicklung wird deutlich weniger positiv gesehen; langfristige Wirtschaftserwartungen nach wie vor pessimistisch
Weltpolitische Lage:	Sorge um den Weltfrieden USA werden als größte Bedrohungen wahrgenommen
Wichtigstes Thema:	Flüchtlinge, Ausländer in Deutschland/Zuwanderungs-, Asylpolitik/ Abschiebungen

*Steffen Seibert*

## Wähleranteile

Angaben in Prozent

	<b>forsa</b> für RTL/n-tv	<b>Emnid<sup>1</sup></b> für BamS	<b>GMS<sup>2</sup></b>	<b>FG Wahlen<sup>3</sup></b> für ZDF
CDU/CSU	30 (-1)	30 (-)	30 (-4)	31 (-1)
SPD	17 (-)	18 (+1)	17 (+1)	18 (-)
FDP	10 (-)	9 (-)	9 (-)	7 (-2)
DIE LINKE	9 (-1)	10 (+1)	10 (-)	11 (+1)
B'90/Grüne	13 (+1)	12 (-)	12 (-)	14 (-)
AfD	16 (+1)	16 (-1)	17 (+3)	15 (+1)
Sonstige	5 (-)	5 (-1)	5 (-)	4 (+1)
Erhebungszeitraum	02.-06.07.	05.-11.07.	05.-11.07.	09.-12.07.

Die Union liegt bei forsa 13 (-1), bei GMS 13 (-5), bei FG Wahlen 13 (-1) und bei Emnid 12 (-1) Prozentpunkte vor der SPD.

## Kanzlerpräferenz

Angaben in Prozent

	<b>forsa</b> für RTL/n-tv
Merkel	46 (-)
Nahles	14 (-)
Merkel	42 (-)
Scholz	21 (-1)
Erhebungszeitraum	02.-06.07.

Angela Merkel liegt bei der Kanzlerpräferenz 32 (-) Prozentpunkte vor Andrea Nahles und 21 (+1) Prozentpunkte vor Olaf Scholz.

82 % (-) der CDU-Anhänger präferieren Merkel und 3 % (-1) Nahles. Von den CSU-Anhängern würden sich 67 % (+6) für Merkel und 5 % (-2) für Nahles entscheiden. 31 % (-4) der SPD-Anhänger präferieren Nahles und 39 % (+3) Merkel.

Bei der Alternative zwischen Merkel und Scholz sprechen sich 80 % (-) der CDU-Anhänger für Merkel und 6 % (-1) für Scholz aus; von den CSU-Anhängern würden sich 63 % (+4) für Merkel und 6 % (-2) für Scholz entscheiden. 52 % (+1) der SPD-Anhänger präferieren Scholz und 27 % (-1) Merkel.

<sup>1</sup> Sperrfrist bis zur Veröffentlichung in der Bild am Sonntag (15.07.2018)

<sup>2</sup> im Vergleich zur KW 20

<sup>3</sup> im Vergleich zur KW 26

## Problemlösungskompetenz

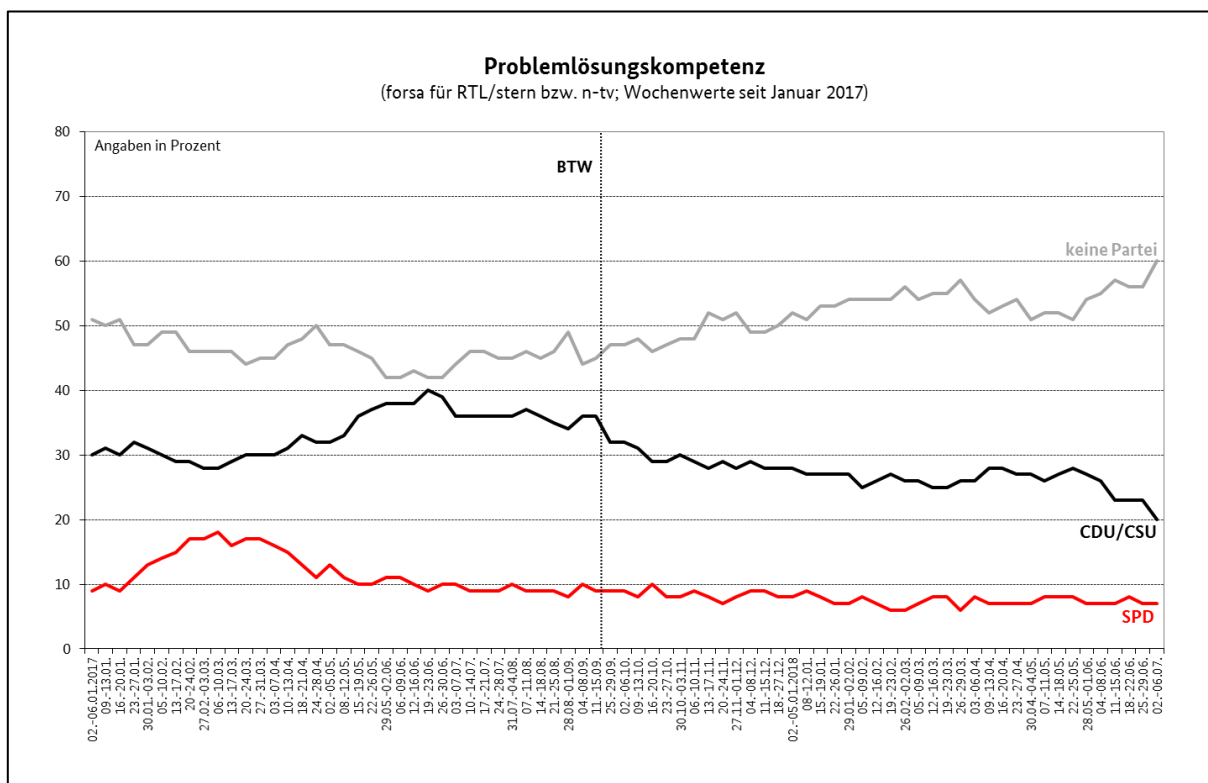
Angaben in Prozent

	forsa für RTL/n-tv	
CDU/CSU	20	(-3)
SPD	7	(-)
sonstige Parteien	13	(-)
keine Partei	60	(+4)
Erhebungszeitraum	02.-06.07.	

Bei der politischen Kompetenz, die gegenwärtigen Probleme in Deutschland zu lösen, liegt die Union 13 (-3) Prozentpunkte vor der SPD. Gleichwohl ist der Wert von 20 % für die Union der niedrigste seit Oktober 2011.

60 % (+4) trauen die Lösung der Probleme keiner Partei zu. Dies ist der höchste Wert seit Februar 2016.

57 % (-) der Unionsanhänger meinen, dass die eigene Partei mit den Problemen in Deutschland am besten fertig wird, bei den SPD-Anhängern sagen dies 35 % (+2) von ihrer Partei.



## Wichtigkeit politischer Aufgaben im Juli 2018

Erhebung für BPA, Angaben in Prozent; Veränderungen in Klammern beziehen sich auf die Erhebung im Juni 2018

politische Aufgaben	sehr wichtig	wichtig	weniger wichtig	unwichtig
für gute Bildungsmöglichkeiten sorgen	72 (+2)	23 (-4)	4 (+3)	0 (-)
Bedingungen der Pflege verbessern	70 (+7)	26 (-5)	4 (+2)	0 (-1)
für saubere Umwelt und Schutz des Klimas sorgen	63 (+1)	31 (-)	5 (+1)	1 (-)
Altersversorgung langfristig sichern	62 (+1)	33 (-1)	4 (+2)	0 (-2)
für soziale Gerechtigkeit sorgen	55 (-)	39 (-)	4 (+1)	1 (-1)
innere Sicherheit gewährleisten	53 (+3)	38 (-2)	8 (+3)	1 (-1)
Gesundheitswesen modernisieren	52 (+5)	37 (-3)	9 (-)	1 (-1)
Steuerlast gerecht verteilen	50 (-2)	40 (-)	8 (+3)	1 (-1)
Bedingungen für Familien mit Kindern verbessern	48 (-2)	43 (+3)	7 (-)	1 (-)
Zuwanderung von Ausländern regeln	43 (+1)	43 (+2)	9 (-)	4 (-)
Daten von Bürgern und Unternehmen besser schützen	40 (-4)	42 (+3)	14 (+3)	3 (-)
Arbeitslosigkeit bekämpfen	39 (-3)	47 (+5)	10 (-1)	2 (-1)
Flüchtlinge in die deutsche Gesellschaft integrieren	35 (+1)	46 (+1)	12 (+1)	6 (-1)
neue Technologien fördern	34 (+1)	46 (-4)	17 (+4)	2 (-)
deutsche Interessen in der EU vertreten	32 (+1)	49 (-4)	14 (+2)	3 (+1)
für bezahlbare Strompreise sorgen	31 (-3)	49 (+1)	17 (+2)	2 (-)
Energiewende zügig vorantreiben	29 (-1)	44 (-1)	19 (+1)	7 (+2)
Staatsschulden begrenzen	26 (-2)	49 (+1)	20 (+2)	4 (-)
deutsche Interessen im Ausland vertreten	25 (-)	50 (-2)	18 (+3)	5 (-)
Verbraucherschutz stärken	24 (+1)	53 (-3)	18 (+3)	2 (-1)
Rahmenbedingungen für Wirtschaftswachstum schaffen	22 (+2)	55 (-4)	19 (+6)	2 (-2)
Erhebungszeitraum	04.-10.07.2018			

Die Bildungspolitik ist für die Bundesbürger nach wie vor die wichtigste politische Aufgabe; allerdings entfallen in diesem Monat auf die Aufgabe "Bedingungen der Pflege verbessern" nur geringfügig weniger Nennungen.

Die Bildungspolitik wird überdurchschnittlich häufig von 40- bis 49-Jährigen (82 %) sowie von Anhängern der SPD (80 %) und der Grünen (78 %) als sehr wichtig angesehen. Personen mit hoher formaler Bildung nennen sie häufiger als Personen mit einfacher formaler Bildung (79 % zu 65 %).

Die Aufgabe "Bedingungen der Pflege verbessern" wird von Anhängern der SPD (83 %), der Grünen, der FDP (jew. 79 %) und der AfD (78 %) überdurchschnittlich häufig als prioritär angesehen. Frauen nennen diese Aufgabe häufiger als Männer (77 % zu 62 %) und über 40-Jährige häufiger als unter 40-Jährige (76 % zu 57 %).

## ● Beurteilung der Arbeit der Bundesregierung in politischen Aufgabenbereichen im Juli 2018

Ernied für BPA, Angaben in Prozent; Veränderungen in Klammern beziehen sich auf die Erhebung im Juni 2018

politische Aufgaben	sehr/eher gut	eher/sehr schlecht
Rahmenbedingungen für Wirtschaftswachstum schaffen	65 (-3)	25 (+2)
deutsche Interessen im Ausland vertreten	62 (-2)	30 (+4)
deutsche Interessen in der EU vertreten	62 (-)	31 (+1)
Arbeitslosigkeit bekämpfen	59 (-1)	36 (+2)
neue Technologien fördern	56 (-2)	34 (+2)
innere Sicherheit gewährleisten	55 (-1)	40 (+2)
Staatsschulden begrenzen	53 (-2)	37 (+1)
Daten von Bürgern und Unternehmen besser schützen	53 (+1)	39 (-1)
Verbraucherschutz stärken	51 (-1)	39 (-)
Bedingungen für Familien mit Kindern verbessern	51 (-)	41 (-)
für gute Bildungsmöglichkeiten sorgen	48 (-4)	46 (+3)
für saubere Umwelt und Schutz des Klimas sorgen	47 (-2)	49 (+2)
Energiewende zügig vorantreiben	44 (+2)	49 (-)
für bezahlbare Strompreise sorgen	41 (-3)	49 (+3)
Gesundheitswesen modernisieren	35 (-5)	60 (+7)
für soziale Gerechtigkeit sorgen	35 (-6)	62 (+8)
Flüchtlinge in die deutsche Gesellschaft integrieren	29 (-2)	65 (+4)
Altersversorgung langfristig sichern	29 (-4)	66 (+5)
Steuerlast gerecht verteilen	27 (-2)	66 (+2)
Bedingungen der Pflege verbessern	27 (-4)	69 (+7)
Zuwanderung von Ausländern regeln	25 (-5)	69 (+5)
Erhebungszeitraum	04.-10.07.2018	

In 10 von 21 Politikfeldern bewertet mindestens die Hälfte der Bundesbürger die Arbeit der Bundesregierung als sehr bzw. eher gut.

Im Vergleich zum Vormonat ist in den meisten Politikfeldern der Anteil der Bundesbürger, der die Arbeit der Bundesregierung als sehr bzw. eher gut bewertet, gesunken. Das gilt besonders für den Bereich "für soziale Gerechtigkeit sorgen" (-6 Prozentpunkte).

## Derzeitige wirtschaftliche Entwicklung

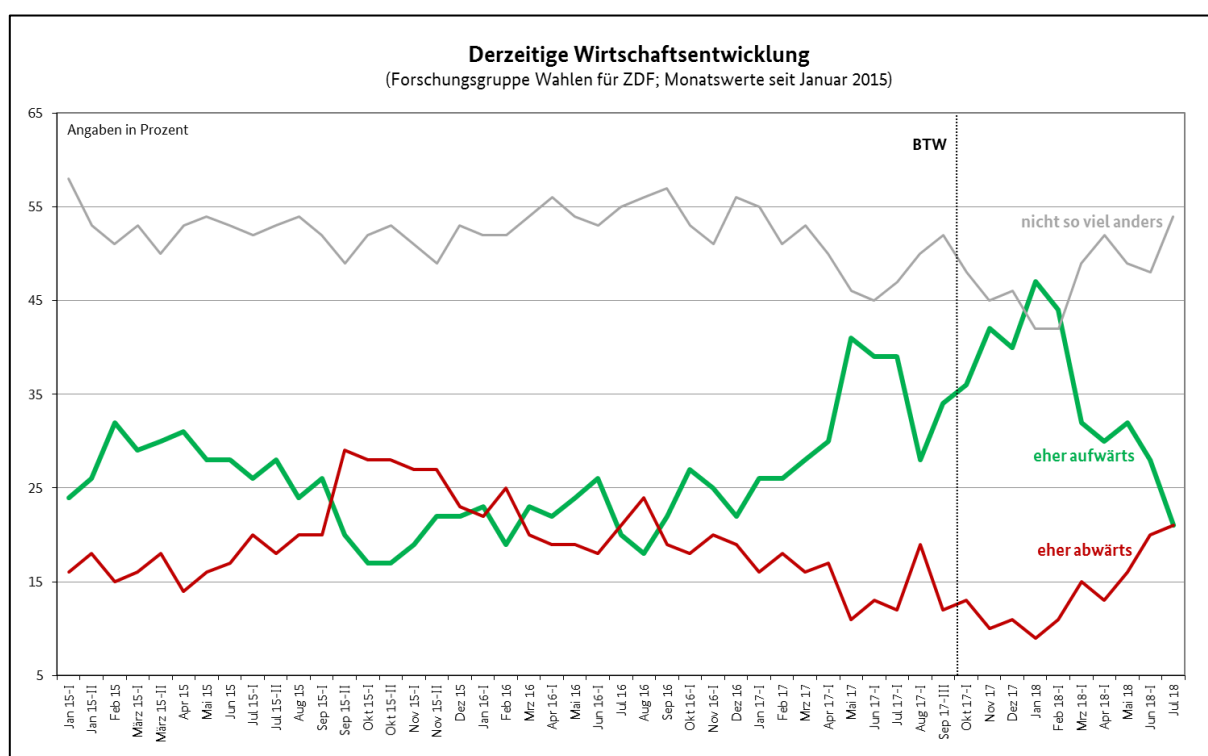
Angaben in Prozent

	FG Wahlen für ZDF	
eher aufwärts	21	(-7)
eher abwärts	21	(+1)
nicht so viel anders	54	(+6)
Erhebungszeitraum	09.-12.07.	

Die Einschätzung der derzeitigen wirtschaftlichen Entwicklung hat sich im Vergleich zur KW 23 deutlich verschlechtert.

Anhänger der AfD (47 %) sehen überdurchschnittlich häufig einen Aufwärtstrend.

Anhänger der Grünen (26 %) sehen überdurchschnittlich häufig einen Abwärtstrend.



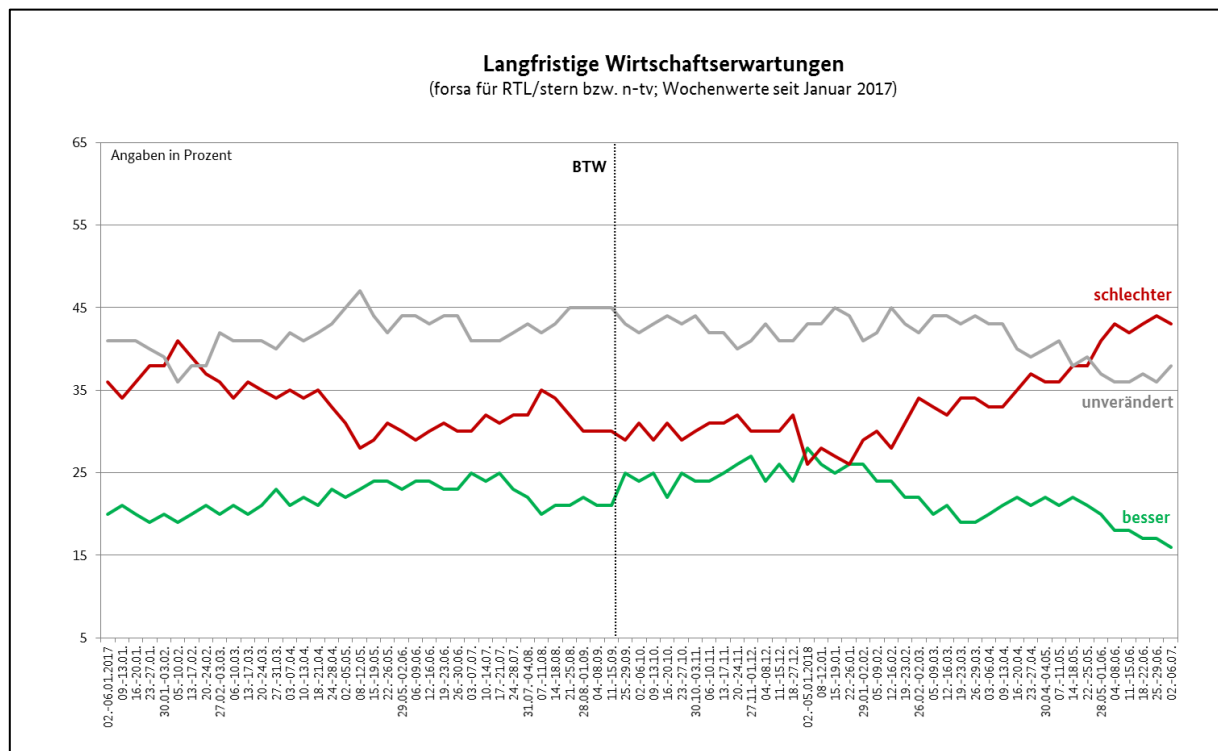
## Langfristige Erwartungen für die Wirtschaft

Angaben in Prozent

	forsa für RTL/n-tv	
besser	16	(-1)
schlechter	43	(-1)
unverändert	38	(+2)
Erhebungszeitraum	02.-06.07.	

Die langfristigen Wirtschaftserwartungen haben sich im Vergleich zur Vorwoche so gut wie nicht verändert.

Der Anteil der Bevölkerung, der mit einer Verschlechterung der wirtschaftlichen Verhältnisse in Deutschland in den kommenden Jahren rechnet, liegt um 27 (-) Prozentpunkte höher als der Anteil, der von einer Verbesserung ausgeht.



## Machen Sie sich Sorgen um den Weltfrieden?

Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 25

	forsa für BPA	
sehr große	11	(+1)
große	45	(-)
wenig	35	(-)
keine	8	(-2)
Erhebungszeitraum	02.-06.07.	

45- bis 59-Jährige, Personen mit mittlerer formaler Bildung und Geringverdiener (jew. 61 %) sowie Anhänger der Grünen (65 %) und der Linkspartei (64 %) machen sich überdurchschnittlich oft (sehr) große Sorgen um den Weltfrieden. Frauen machen sich häufiger (sehr) große Sorgen als Männer (65 % zu 48 %).

Anhänger der FDP (51 %) machen sich überdurchschnittlich oft weniger bzw. keine Sorgen um den Weltfrieden.

## Weltweite Krisen(regionen) als Gefahrenquelle für Deutschland

Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 25

	forsa für BPA	
USA	29	(-1)
Asylbewerber, Flüchtlinge	18	(+6)
Naher Osten, arabische Länder	12	(-1)
(Welt-)Wirtschaftskrise	10	(+2)
Syrien	9	(+1)
Asien, Nordkorea	6	(-3)
Krieg/Terrorismus allgemein	6	(+2)
Russland	5	(-1)
Umwelt, Klima	5	(-)
Afrika	4	(+1)
Türkei	4	(+1)
Erhebungszeitraum	02.-06.07.	

Nach Meinung der Bundesbürger werden die USA als größte Gefahr für Deutschland wahrgenommen.

Anhänger der Grünen (40 %) nennen die USA überdurchschnittlich häufig als größte Gefahrenquelle für Deutschland.



## Rolle Deutschlands in der Weltpolitik

Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 25

	forsa für BPA	
sollte mehr Verantwortung übernehmen	38	(-5)
sollte weniger Verantwortung übernehmen	8	(-1)
Deutschland tut bereits genug	51	(+5)
Erhebungszeitraum	02.-06.07.	

45- bis 59-Jährige und Personen mit hoher formaler Bildung (jew. 43 %) sowie Anhänger der Grünen (54 %) und der Linkspartei (47 %) sind überdurchschnittlich oft der Meinung, dass Deutschland mehr Verantwortung in der Weltpolitik übernehmen sollte.

Hingegen sind Anhänger der AfD (22 %) überdurchschnittlich oft der Ansicht, dass Deutschland weniger Verantwortung übernehmen sollte.

Personen mit einfacher formaler Bildung (58 %), Frauen und 30- bis 44-Jährige (jew. 56 %) sowie Anhänger der AfD (58 %) und der Union (56 %) meinen überdurchschnittlich häufig, dass Deutschland bereits genug tut.

## Rolle Deutschlands in der EU

Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 25

	forsa für BPA	
nimmt zu viel Rücksicht auf andere EU-Mitgliedstaaten	43	(+2)
nimmt zu wenig Rücksicht auf andere EU-Mitgliedstaaten	15	(-1)
verhält sich alles in allem genau richtig	38	(-)
Erhebungszeitraum	02.-06.07.	

Personen mit einfacher und mittlerer formaler Bildung (53 %), unter 30-Jährige (52 %) und Geringverdiener (49 %) sowie Anhänger der AfD (70 %) und der FDP (52 %) sind überdurchschnittlich oft der Meinung, dass Deutschland zu viel Rücksicht auf die EU-Mitgliedstaaten nimmt.

Anhänger der Linkspartei (34 %) sind hingegen überdurchschnittlich oft der Meinung, dass Deutschland zu wenig Rücksicht auf die EU-Mitgliedstaaten nimmt.

Anhänger der Grünen (55 %) und der Union (48 %) finden das Verhalten Deutschlands überdurchschnittlich häufig genau richtig.

## Wichtigste Themen

Angaben in Prozent

	<b>infratest dimap</b> für BPA
Flüchtlinge, Ausländer in Deutschland/Zuwanderungs-, Asylpolitik/Abschiebungen	33 (-7)
Auseinandersetzung Seehofer/Merkel, CSU/CDU	28 (-12)
Unglücke/Unfälle: Rettung der Kinder aus Höhle in Thailand	17 (+16)
Fußball-WM/Qualifikation	8 (-3)
Erhebungszeitraum	10.-11.07.

Die Bundesbürger beschäftigen sich in dieser Woche am meisten mit dem Thema "Flüchtlinge, Ausländer in Deutschland/Zuwanderungs- und Asylpolitik/Abschiebungen". Überdurchschnittlich häufig sehen Anhänger der AfD (60 %) und der Union (42 %) dieses Thema als das wichtigste der Woche an. Unter 35-Jährige (25 %) und Anhänger der SPD (24 %) nennen es unterdurchschnittlich oft.

Personen mit hoher formaler Bildung (38 %) sowie Anhänger der Grünen (47 %), der FDP (40 %), der SPD (39 %) und der Linkspartei (38 %) erwähnen das Thema "Auseinandersetzung Seehofer/Merkel, CSU/CDU" besonders oft. Gutverdiener nennen es häufiger als Geringverdiener (35 % zu 22 %) und über 65-Jährige häufiger als unter 35-Jährige (33 % zu 20 %).

